Stand: 13.12.2025 08:19:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11850

"Anhörung über den Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11850 vom 09.06.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12970 des SO vom 30.06.2016
3. Beschluss des Plenums 17/13048 vom 28.09.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 28.09.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2016 **Drucksache** 17/**11850**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Anhörung über den Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag führt unter Federführung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration eine Anhörung zum Referentenentwurf des „Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung“ (Bundesteilhabegesetz) durch. Das Gesetz ist im Bundesrat zustimmungspflichtig.

Ziel der Anhörung ist eine Überprüfung der Umsetzung der vom Sozialausschuss in einer Resolution verabschiedeten inhaltlichen Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz. Falls erforderlich, sollen Eckpunkte für eine Zustimmungsfähigkeit des Gesetzesentwurfs definiert werden.

Außerdem sollen die Verbände und Organisationen von und für Menschen mit Behinderung die Gelegenheit erhalten, ihre Kritik am Referentenentwurf der Bundesregierung und ihre Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz vorzutragen. Die Anregungen und Vorschläge der sozial- und behindertenpolitischen Fachverbände und der Vertretungen und Organisationen von Menschen mit Behinderung in Bayern sollen in den weiteren Gesetzgebungsprozess einbezogen werden.

Begründung:

Mit dem Bundesteilhabegesetz war der Anspruch auf einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik weg vom Prinzip der Fürsorge hin zu einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe verbunden. Die Leistungen der Eingliederungshilfe sollten aus dem System der Sozialhilfe herausgelöst und zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden. Das Bundesteilhabegesetz sollte ein wichtiger Baustein in der Umsetzung der Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention sein. Die dort definierten Leistungen betreffen unmittelbar die Lebenssituation zahlreicher Menschen mit Behinderung in Bayern.

Der Landtag hat sich deshalb bereits häufiger mit Anträgen, Fachgesprächen und Anhörungen mit einer Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe befasst. Mit einem Entschließungsantrag hat der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration bereits am 11. Juni 2015 Eckpunkte und Anforderungen für ein Teilhabegesetz formuliert. Auch in einer Anhörung des Landtags am 12. März 2015 wurden von den betroffenen Menschen mit Behinderungen und ihren Fachverbänden umfangreiche Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz formuliert. Angesichts des nun vorgelegten Gesetzesentwurfs der Bundesregierung ist es an der Zeit, die Umsetzung dieser Anforderungen und Eckpunkte zu überprüfen. Falls erforderlich, sollten Vorgaben für eine Zustimmung der Bayerischen Staatsregierung im Bundesrat formuliert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 30.06.2016 **Drucksache** 17/**12970**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**11850**

Anhörung über den Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 30. Juni 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.09.2016 **Drucksache** 17/**13048**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**11850**, 17/**12970**

Anhörung über den Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

(s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung,
COM(2016) 378 final,
BR-Drs. 350/16
Drs. 17/12754, 17/13004 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wettbewerbsnachteile für die heimische Teichwirtschaft − Prosperitätsgrenze erneut eingeführt
Drs. 17/11064, 17/12558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesunde Schule: Ernährungsbildung und Essensangebot Hand in Hand
Drs. 17/11325, 17/12559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Mittelstandsfreundliche Umsetzung der Regelungen zum Mindestlohn
Drs. 17/11438, 17/12961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuer-Update 2016 − Inflationsbedingte Anpassung von Pauschalen, Freibeträgen und Einkommensgrenzen
Drs. 17/11619, 17/12948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Notärzte müssen das Recht zur Erteilung eines Platzverweises erhalten
Drs. 17/11716, 17/12560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik
Drs. 17/11797, 17/12949 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u.a. CSU
Erteilung von Platzverweisen gegen Gaffer
Drs. 17/11801, 17/12562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD
Nokia Networks in München stärken − Verlagerungen und Personalabbau verhindern!
Drs. 17/11823, 17/12962 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Gründerszene in Bayern beleben und stärken
Drs. 17/11824, 17/12963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung über den Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz
Drs. 17/11850, 17/12970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Konsum von Crystal Meth, Legal Highs und NPS weiter einschränken
Drs. 17/11924, 17/12952 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sprengstoffspürgeräte am Flughafen München − Ergebnisse weiterer Raumluftmessungen
Drs. 17/11956, 17/12953 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Höhere Förderung für Sanierung des Stadttheaters Landshut
Drs. 17/11969, 17/12950 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Der Fall Peggy K.: neue Fragen zu den Ermittlungen
Drs. 17/12343, 17/12633 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zum Fall "Peggy"
Drs. 17/12356, 17/12632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z